

## Moderne Kanonenboot-Diplomatie 18.03.2016



BERLIN/WASHINGTON/BEIJING (Eigener Bericht) -

Vor der China-Reise von Bundespräsident Joachim Gauck weisen deutsche Regierungsberater auf die wachsenden Auseinandersetzungen im Südchinesischen Meer zwischen China und den Vereinigten Staaten hin. Anlass sind provozierende Durchfahrten von

US-Kriegsschiffen durch die Zwölf-Meilen-Zone vor der

Küste von Inseln, auf die China Anspruch erhebt; in der Zwölf-Meilen-Zone hat der Küstenstaat völkerrechtlich volle Souveränität. Während es in Washington heißt, man wolle lediglich die Seewege für den freien Welthandel sichern, erläutern deutsche Regierungsberater, es gehe um den Erhalt unbeschränkter militärischer Bewegungsfreiheit der USA im Südchinesischen Meer. Mit der Kontrolle über die dortigen Inseln könne China sich zwar keine nennenswerten Offensivchancen, dafür aber wichtige militärische Verteidigungskapazitäten sichern, urteilen Experten; dies gelte nicht zuletzt bei einer etwaigen westlichen Militärintervention. Für den Fall einer Eskalation des Konflikts plädieren Berliner Stellen dafür, sich an der Seite Washingtons gegen Beijing zu positionieren.

### Gaucks China-Reise

Bundespräsident Joachim Gauck wird, wie das Präsidialamt mitteilt, an diesem Samstag zu einer mehrtägigen Reise nach China aufbrechen. Es ist die erste Reise des Bundespräsidenten in die Volksrepublik. Kurz vor seinem Besuch hat die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) eine Analyse veröffentlicht, die sich mit den Auseinandersetzungen zwischen Beijing und Washington im Südchinesischen Meer befasst.

### Fakten schaffen

Anlass für die Erstellung der Analyse waren vielbeachtete Durchfahrten von US-Kriegsschiffen durch von China beanspruchte Gewässer im Südchinesischen Meer. Ende Oktober war der Lenkwaffenzerstörer USS Lassen in die Zwölf-Meilen-Zone um das Subi-Riff im Norden der Spratly-Inseln eingedrungen; Ende Januar kreuzte ein zweiter Lenkwaffenzerstörer, die USS Curtis Wilbur, innerhalb der Zwölf-Meilen-Zone einer der Paracel-Inseln mit dem Namen Triton. In der Zwölf-Meilen-Zone übt der Küstenstaat volle Souveränität aus. Erklärtes Ziel der US-Operationen war es, die Rechtsauffassung Washingtons durchzusetzen, der zufolge Kriegsschiffe die Zwölf-Meilen-Zone jederzeit durchqueren dürfen. Dem steht Beijings Auffassung entgegen, dass der Küstenstaat eine solche Passage genehmigen, zumindest aber über sie informiert werden muss. Unbeschadet der Tatsache, dass komplexe völkerrechtliche Debatten über diverse Streitfragen die Auseinandersetzungen im Südchinesischen Meer begleiten, hieß es in Washington, man wolle nun schlicht Fakten schaffen: "Ich hoffe weiterhin, dass diese Operationen so alltäglich werden, dass China und andere Anspruchsteller sie als normale Ereignisse hinnehmen", erklärte der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im US-Senat, John McCain.[1]

### Der Meerespolizist

In ihrer Opposition gegen US-Provokationen wie diejenigen im Südchinesischen Meer ist die Volksrepublik keineswegs isoliert. "Ähnlich wie China reklamieren auch andere Staaten exklusive Rechte" in ihrer Zwölf-Meilen-Zone, heißt es in der aktuellen Untersuchung der SWP. So wolle etwa Vietnam ebenfalls "benachrichtigt werden, bevor Kriegsschiffe das Küstenmeer durchfahren". Dort herrsche ebenso wie in China, in Malaysia, Indien, Iran oder Sri Lanka die Rechtsauffassung, Küstenstaaten dürften militärische Aktivitäten nicht nur in ihrer Zwölf-Meilen-Zone, sondern auch in ihrer Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) regulieren. Diese umfasst nach Artikel 55 des Seerechtsübereinkommens ein Gebiet von bis zu 200 Meilen vor der Küste. Wie die SWP berichtet, sind US-Kriegsschiffe in den

vergangenen Jahrzehnten immer wieder gegen den Willen von Küstenstaaten in deren Seegebiete eingedrungen, wenn es Streitigkeiten bezüglich der Zwölf-Meilen-Zone oder der AWZ gab. Betroffen gewesen seien unter anderem Iran, Nicaragua, Ecuador, Vietnam, Südkorea und Taiwan. Laut SWP handelt es sich bei den US-Operationen, auch wenn sie häufig keine große Aufmerksamkeit fänden, "letzten Endes" um "moderne Kanonenboot-Diplomatie".[2]

### **Operativ eingeschränkt**

Während es offiziell stets heißt, mit ihrem provokativen Vorgehen nicht zuletzt im Südchinesischen Meer sicherten die US-Streitkräfte lediglich "offene Seewege" im Sinne des "freien Welthandels", weist die SWP auf den militärischen Hintergrund der "Freedom of Navigation"-Operationen hin. Demnach könne eine Einschränkung der Navigationsfreiheit sich ähnlich auswirken "wie manche militärische Abhaltetaktik (Anti-Access/Area Denial - A2/AD)". Wollte man "zum Schutz eines Bündnispartners beispielsweise in Ostasien" militärisch intervenieren, ohne die Küstengewässer vor den umstrittenen Inseln nutzen zu können, dann müssten die eigenen Streitkräfte sich mit "großräumig im See- und Luftraum erheblich verringerte[n] Einwirkungsmöglichkeiten" begnügen. "Davon wären schiffseigene Sensoren und Wirkmittel ebenso betroffen wie U-Boote, die nur mehr aufgetaucht solche Gebiete passieren dürften", konstatiert die SWP - mit "signifikante[n] Auswirkungen auf die Außen- und Sicherheitspolitik der USA und ihrer Verbündeten" wie auch auf "operative Aspekte der Militärstrategie und -technologie".[3]

### **Chinas Blockadelinie**

Im Falle der Inseln im Südchinesischen Meer wiegt das umso schwerer, als diese eine nicht unerhebliche Bedeutung für Chinas Landesverteidigung besitzen. Die SWP hat das bereits im Herbst ausführlich beschrieben, als die westlichen Staaten energisch gegen den Bau militärisch nutzbarer Infrastruktur durch die Volksrepublik auf einigen der Inseln protestierten. Während der Think-Tank eindringlich davor warnte, den Schritten eine größere Bedeutung für etwaige offensive Militäroperationen Beijings beizumessen, räumte er ihren Stellenwert für defensive Maßnahmen unumwunden ein. "In den Augen chinesischer Militärstrategen" sei die "First Island Chain" vor allem "eine mögliche Blockadelinie im Falle eines Konflikts"; ihre Kontrolle solle helfen, die "Abschnürung der eigenen Seeverbindungslinien zu verhindern". Auch würden die chinesischen Streitkräfte nach dem Ausbau militärisch nutzbarer Infrastruktur auf den Inseln "in der Lage sein, einem Angreifer Verluste zuzufügen": "Eine begrenzte Intervention der USA wäre dann mit höheren militärischen und damit auch politischen Kosten verbunden".[4] Die Auseinandersetzungen um die Navigationsfreiheit, die Washington künftig sogar noch häufiger durchführen will, drehen sich also faktisch um die Zulässigkeit militärischer US-Operationen unmittelbar vor Verteidigungsanlagen der Volksrepublik China.

### **Der westliche Schulterschluss**

Mit Blick auf die zunehmenden Spannungen nicht nur, aber auch im Südchinesischen Meer hat erst kürzlich der Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), Karl-Heinz Kamp, zu einem "engere[n] Schulterschluss der westlichen Welt" aufgerufen. Ein solcher Schulterschluss sei auch deswegen nötig, weil China sich "zu einem Gegengewicht zur bisherigen Ordnungsmacht USA" aufbaue.[5] Die Ansicht, man solle sich im Fall einer Eskalation des Konflikts auf die Seite der Vereinigten Staaten schlagen, ist im Berliner Establishment immer wieder vertreten worden. Zuletzt plädierte die SWP in einer Studie dafür, sich im Ernstfall nicht neutral zu verhalten, sondern gegenüber Beijing "einen sanktionsbewehrten Dialog" zu führen: Wirtschaftssanktionen, falls China im Streit nicht nachgebe, bei gleichzeitigem Aufbau massiven Drucks.[6] Das Szenario ähnelt der Aggressionspolitik des Westens gegenüber Moskau nach der Übernahme der Krim durch Russland. Käme es zu seiner Verwirklichung, dann dehnte sich der neue Kalte Krieg bis nach Ostasien aus.

Mehr zum Thema: [China eindämmen](#) , [Strategische Verschiebungen](#) und [Der nächste Großkonflikt](#) .

[1] Statement by SASC Chairman John McCain on U.S. Navy Freedom of Navigation Operation in the South China Sea. [www.mccain.senate.gov](http://www.mccain.senate.gov) 30.01.2016.

[2], [3] Michael Paul: Die USA, China und die Freiheit der See. SWP-Aktuell 14, März 2016.

[4] Christian Becker: Die militärstrategische Bedeutung des Südchinesischen Meeres. SWP-Aktuell 82, September 2015.

[5] Kamp: "Westen muss enger zusammenrücken". [www.baks.bund.de](http://www.baks.bund.de) 11.02.2016. S. dazu [Der nächste Großkonflikt](#) .

[6] Christian Becker, Hanns Günther Hilpert, Hanns W. Maull, Alexandra Sakaki: Ein Erdbeben erschüttert das geopolitische Gleichgewicht. In: Lars Brozus (Hg.): Unerwartet, überraschend, ungeplant. Zugespitzte Situationen in der internationalen Politik. Foresight-Beiträge 2015. SWP-Studie S 20, November 2015. S. 17-20.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)